

Sallese Zeitung

1908. Nr. 442.

für Anhalt und Thüringen.

Jahrgang 201.

Belegpreis für Halle a. S. 2,50 RM, durch die Post bezogen 3 RM, für das Vierteljahr. Die halbjährige Zeitung erscheint wöchentlich zwölf mal. — Gratz 18. Zeitung in: Qualifizierender (vgl. Stellenstellen), 32. Unterhaltungsblatt (Sonntagsblatt), 2. Band, 2. Hefen.

Zweite Ausgabe

Abgabegebühren: f. halbjährliche Belegblätter oder deren Raum f. Halle a. S. den Geschäftspreis 20 RM, außerdem 30 RM. Bestellungen am Schluss des halbjährlichen Teils die Seite 100 RM. Einzelhefte 10 RM. Bestellungen in Halle a. S. in allen deutschen Postämtern-Expeditoren.

Geschäftsstelle in Halle a. S.: Leipzigerstraße 87, Hinterhaus. Telefon 138; Redaktions-Telefon 1272. Eing. Nr. Braunhaustr. Verleger: Dr. Walter Gebelstein in Halle a. S.

Donnerabend, 19. September 1908.

Geschäftsstelle in Berlin: Besauerstraße 14. Telefon Amt VI Nr. 11 494. Druck und Verlag von Otto Zietze in Halle a. S.

Gegen die Besteuerung des Kindesverbes.

Vor kurzem haben wir mit Beugung feststellen können, daß sich selbst die auf dem linken Zentrumslager stehende „Mittl. Volksz.“ mit aller Entschiedenheit gegen die Ausdehnung der Erbschaftsteuer auf Kinder und Ehegatten ausspricht. Neuerdings hat neben der „Mittl. Volks.“ und dem „Rhein. Bauer“ auch der „West. Westf.“ namens der rheinisch-westfälischen Bauernschaft gegen diese Besteuerung Front gemacht, die einen „endgültigen Bruch“ mit den so lange fortgesetzten Versuchen zur Sanierung der bürgerlichen Verhältnisse bedeuten würde. Vor Tag, an dem der Bauer stirbt, bedeutet heute für den Großteil der Erbschaften die erste Ordnung. Nach dem „modifizierenden Tendenzen“ unserer bürgerlichen Erbschaft mit seinem Pflichterfüllung müßten schon heute in den meisten Fällen schwere neue Schuldenlasten zur Befriedigung der Hinterbliebenen aufgenommen werden, so daß die Zukunft der Familie auf der väterlichen Scholle nur auf dem Kopf der Waise und der Witwe zu stehen kommt. Anstatt nun der Bauernfamilie in dieser schweren Krise, in dieser Notlage, in welche sie durch den Tod ihres Oberhauptes verwickelt wurde, zu Hilfe zu kommen — (etwa durch Steuererlässe oder Versicherung, wie sie mit großen finanziellen Opfern des Reiches für die Arbeiterfamilien im gleichen Falle geplant sei) — soll der Bauer jedesmal bei der Wiederkehr des wirtschaftlich schwersten Augenblicks auch noch staatlicherseits belastet werden.

Auf die Pflicht der Hinterbliebenen legt man die Pflicht des Reiches. In das Verbot des Toten tritt als erster Erbe der Steuerfiskus. Und je mehr Krankheit und Invalidität, je früher die Lebensdauer der Generationen, um so häufiger manifestiert sich dieser Fiskus einer solchen bemitleidenswerten Familie.

Der Minister vom Kammerherrn habe diesbezüglich von einem „Bruch“ mit dem Reichsbürgertum in des „Volks“ gesprochen. Dieses Wort gewinnt ein besonderes Relief, wenn man beachtet, wie derjenige Staat, der sich ansetzt, beim Tode des Familienernährers der Arbeiterhinterbliebenen als „helfender Freund“ einzutreten, hier der Bauernfamilie als „Bürger“ entgegentritt.

Gegenüber dem immer wieder erbobenen Hinweis auf England und Frankreich mit ihrer Besteuerung des Kindesverbes wird sehr richtig ausgeführt:

„England kann eine solche Steuer tragen, weil das englische Erbschaft den zehnten Vermögenswert nicht in sich aufgenommen hat. Frankreich korrigiert sein Recht durch die Einschränkung seiner Geburten. Sollte eine Regierung den Mut finden, den Bauernstand auf diesen Weg zu weisen?“

Wir können uns diesen Ausführungen nur anschließen, wie wir ja von jeher mit aller Entschiedenheit gegen die Besteuerung des Kindes- und Ehegattenverbes gestimmt haben, als noch manche den rheinisch-westfälischen Bauern recht nahe stehende Zentrumslagerer keinewegs prinzipielle Gegner einer so ausgedehnten Erbschaftsteuer waren. Uns wird nun von unserm prinzipiell ablehnenden Standpunkt gegenüber einem solchen zerstörenden Eingriff des Steuerfiskus in das durch Todesfall erschlaffte Familienvermögen unseres Bauernstandes auch nicht durch die vielfach belohnte Bestätigung abgelenkt, daß man den kleineren Grundbesitz, etwa bis zum Werte von 100 000 Mark, von solcher Besteuerung freistellen wolle. Für uns heißt es hier: Principis obsta!

Wenn einmal erst mit dem Grundbesitz abgegangen ist, daß Kinder und Ehegatten keine Steuer an den Staat für Antritt des Erbes zu entrichten brauchen, welches sie selber zu schaffen und zu wehren vielfach in jahrelanger Arbeit befreit gewesen sind, dann gibt es keine Begründung mehr gegen eine Serobelung dieser willkürlich bemessenen Steuerergänzung bei künftiger Steuererhebung.

Die Reichsfinanzreform und der Bundesrat.

Der Bundesrat trat Freitag mittags zum ersten Male nach den Ferien unter dem Vorsitz des Reichsfinanzministers zu einer Sitzung zusammen, an welcher die leitenden Minister und Finanzminister der Bundesstaaten teilnahmen. Als erster Gegenstand stand die Reichsfinanzreform auf der Tagesordnung.

Der Reichsfinanzminister Fürst Hilow eröffnete die Sitzung mit einer längeren Ansprache, in der er auf die große innerpolitische und nationale Bedeutung der Verhandlungen hinwies und an die anwesenden Vertreter der verbündeten Regierungen die Aufforderung richtete, angesichts der unbedingten Notwendigkeit einer Neuordnung des deutschen Finanzwesens die Arbeiten mit allem Nachdruck zu fördern.

Der königlich Bayerische Vorkämpfer in Ministerate, Staatsminister Dr. Freiherr von Bodenmiller, erklärte namens der von ihm vertretenen Regierungen seine volle Übereinstimmung mit den Darlegungen des Reichsfinanzministers, wobei er gleichzeitig die Genehmigung betonte, mit der die verbündeten Regierungen an die Lösung der bevorstehenden Aufgabe heranzutreten gewillt seien.

Seiner Ausführungen schlossen sich die leitenden Minister von Sachsen, Württemberg, Baden, Hessen sowie Vertreter weiterer Bundesstaaten mit entsprechenden und eingehenden Erklärungen an.

Hierauf wurden die zur Reichsfinanzreform eingebrachten Gesetzesentwürfe den zuständigen Ausschüssen überwiesen.

Interparlamentarische Konferenz.

Im weiteren Verlaufe der Verhandlungen am Freitag, über deren ersten Teil wir bereits in Nr. 441 der „Sallese“ telegraphisch berichtet, begründete Gobet-Schweiz eine Resolution, nach welcher die Interparlamentarische Konferenz den Wunsch ausdrückt, daß die Staaten in die Schiedsgerichtsverträge die Mängel aufnehmen, daß im Falle des Ausbruchs eines Krieges, der nicht unter dem Vorbehalt der Schiedsgerichtsbarkeit fällt, die vertraglich gebundenen Parteien zu keiner feindseligen Maßregel irgendeiner Art schreiten dürfen, ehe sie gemeinschaftlich oder jede für sich die Vermittlung einer oder mehrerer befreundeter Mächte anrufen haben, und die Mitglieder der Konferenz ausgedrückt werden, dafür zu sorgen, daß dem Vorstehenden Folge geleistet wird. Namen der deutschen Gruppe gab Professor Hoff hierzu die Erklärung ab, daß die überwiegende Mehrheit der deutschen Mitglieder den Standpunkt einnimmt, daß der völkerrechtliche Ausbau der Schiedsgerichtsbarkeit, wie ihn die Resolution Gobet vorschlägt, wärmere Sympathie und Unterstützung würdig sei. Auch diese Resolution setze voraus, daß bei Verletzung vitaler Interessen oder der nationalen Ehre die schiedsgerichtliche Entscheidung nicht anzunehmen sei. Er wünsche nur als Gegenpart gegen einen überflüssigen Appell an die Waffen die Anrufung der Vermittlung befreundeter Mächte. Die Art der Anrufung und die Festsetzung für diese Vermittlung ließe jedem Staate frei. Ein kleiner Bruchteil der deutschen Delegierten fände jedoch gewisse Bedenken nicht unangebracht, wenn es befände, daß durch Einschließung jeder Klausel der Abschlusses neuer Schiedsgerichtsverträge eher erschwert als erleichtert werden könnte; aber im Einklang mit der Grundtendenz der Resolution stehe auch die Wiedereinstellung der Resolution wurde dann angenommen. Hierauf trat gegen 1 Uhr eine Pause ein.

Die Nachmittags-Sitzung eröffnete der kantonale Diskussions-Ausschuss, der außer von Hilow zur Unterstützung einer neuen Haager Konferenz anzuregen. Fritz Schmidt-Carolath äußert im Namen der deutschen Gruppe Bedenken. Der Antrag wird darauf noch einmal an den interparlamentarischen Rat zurückverwiesen. Hierauf erhaltete Dr. Nachmide den Bericht über den letzten Punkt der Tagesordnung: Internationale Einigung des Reichsinteresses in dem Bereiche der Schiedsgerichtsbarkeit. Zur Rede des Fürsten Hilow bei Eröffnung des Kongresses äußert sich ausländische Blätter wie folgt: Die „Londoner Daily Mail“ schreibt:

Die Worte des Fürsten von Hilow werden sich mit Nachdruck an die deutsche Weisheit von Nationalismus, Frieden, Eintracht und Fortschritt. Der Kaiser, welchem die „Daily Mail“ den Wunsch beifügt, daß er dieses Evangelium gepredigt mit der ganzen Macht seiner hohen verantwortlichen Stellung. Seine Warnung werde um so größeren Einfluß haben, weil er nicht den Anspruch erhebe, als Prophet des bevorstehenden tausendjährigen Reiches des Reiches aufzutreten. Fürst Hilow sei weise, um zu glauben, daß Schwäche eine Garantie für den Frieden sei. Niemand betreibe Deutschland das Recht, hilflos zu sein, und Europa würde Ursache haben, seine Schwäche zu beklagen. Solange Deutschland den Frieden wolle, habe es die Macht, ihn zu erhalten ebenso wie seine hohe Zustimmung als Industrie aufgefällige Nation zu erfüllen. Wenn es je Anzeichen von Unruhe bemerke, so sei Hilows Versicherung, daß Deutschland einen Frieden wünsche, der auf Macht und Gerechtigkeit beruhe. „Morning Post“ schreibt: Des Reichsfinanzministers Rede zeigte gegenüber den von der Interparlamentarischen Union erhobenen weiteren Zielen eine bescheidene und kluge Zurückhaltung. — „Daily Chronicle“ sagt: Der Reichsminister spricht eine Reihe von Worten, die haben einen Klang der Aufrichtigkeit. Ob Deutschlands Tätigkeit im Haag alles verdient, worauf Fürst Hilow einen Anspruch erhebt, ist fraglich. Gleich dem übrigen Europa wünscht Deutschland des Reichsfinanzministers Worten zufolge den Frieden. Das ist eine willkommene Versicherung. Wir möchten nur wünschen, daß die deutschen Kationen in Moskau, Wien und Berlin die von dem würdigen deutschen Worten im Einklang ständen. Hoffungsreich werden wir bei der zukünftigen Richtung der deutschen Politik nach Zeichen des erleuchteten und menschlichen Geistes suchen, der Fürst Hilow Rede durchweicht, die seinem Herzen und seinem Gemüt Ehre macht.

Auch zahlreiche französische Blätter erzählen die Rede des Reichsfinanzministers. „Aurore“ schreibt: Derartige, von einer so hochgestellten Persönlichkeit herrührende Erklärungen können nur mit Freude begrüßt werden. Wie alle gegen in diesem Augenblicke den heißen Wunsch nach Frieden und Eintracht. Keine Frage könnte diesen heißen Willen, den Frieden zu erhalten, auf eine ernste Probe stellen, als die feindseligen Panische Note, worin aus diejenigen, die diese Note zu bekräftigen haben, von diesem Gebanten befreit sein. — „Lanterne“ sagt, die Rede des Reichsfinanzministers gewinne durch die gegenwärtigen politischen Umstände an Bedeutung. Schon Kaiser Wilhelm habe in Straßburg und Colmar seinen Wunsch nach Aufrechterhaltung des Weltfriedens bekräftigt. Auch diesen Standgebungen könne man

schwer annehmen, daß die deutsche Regierung daran denke, einen internationalen Zwist herbeizuführen. — „Revue de la République“ schreibt: Wir bezweifeln nicht die friedlichen Worte des Fürsten von Hilow. Sie stimmen vielleicht nicht völlig mit den jüngsten Handlungen der deutschen Diplomatie überein, aber man muß hoffen, daß künftig die Handlungen mit den Worten übereinstimmen werden. — „Aurore“ schreibt: Wir sollen diesen Worten des Friedens und der Versöhnung Beachtung schenken, aber von dem Wunsche erfüllt, unsere Nachbarn diesen weisen Entschluß, ihre Stärke zu misbrauchen, durch unerbitterte Aufrechterhaltung unserer eigenen Kraft zu erleichtern.

Der Zwischenfall von Pleje.

Wie das Wiener K. K. Telegraphen-Bureau von offizieller Seite erfährt, war die aus Agram kommende Nachricht über die Ursache und Form der Abreise des am Senatsmitglieder erminnen Suleiman in Asafa vollkommen entstellend. Die Abreise Suleiman nach Pleje erfolgte in vollster Ruhe. Er wurde nur von dem Generalmajor Nöthen, jedoch ohne irgend welche Eskorte, bis Metkita begleitet. Alle anderen Gerüchte sind vollkommen erfindlich. Die Lage in Pleje ist ruhig.

Das Wiener „Freundenblatt“ schreibt in einer Besprechung des Zwischenfalls von Pleje:

Die Ruhe und Gelassenheit, mit der die Mächte beratende Konferenz in der Türkei beurteilt, hat ihres Hauptgrundes darin, daß sich die Mächte von der wesentlichen Übereinstimmung ihrer Auffassungen in der türkischen Frage überzeugt haben. Ganz besonders hat dazu die Begegnung des Reichsministers von Österreich mit Rasooloff beigetragen. Das Verhältnis dieser beiden Mächte muß naturgemäß im Mittelpunkt aller Beratungen stehen, welche sich mit der Zukunft des türkischen Problems befassen. Wie richtig das ist, zeigt ein Blick in die Vergangenheit, wo schon eine leichte Trübung der Beziehungen zwischen den am Balkan am meisten interessierten Großmächten hinreichte, um in die allgemeine Europa-Politik einen Zug von Spannung und Unruhe zu bringen. Günstigere Verhältnisse in diese Zeit vorüber; die aus Widerparlamentarischen zusammengelebte Welle ist durch den guten Willen beider Regierungen längst vom politischen Horizont getrieben. Die Entzweite in Budlauer brachte noch eine weitere Klärung der beiderseitigen Auffassungen. Angesichts der Lage im Orient ist es besonders erfreulich, daß Fürst v. Aehrenthal bei dem Ergebnis der Zusammenkunft mit seinen russischen Kollegen durchaus befriedigt erklärt. Für Österreich-Ungarn und Anhalt ist es von nicht auszusprechendem Vorteil, sich nie wieder in vollkommenem Einvernehmen zusammenzufinden; was aber daraus für die Politik auf dem Balkan folgt, das macht die Entzweite in Budlauer zu einem Ereignis von größter Wichtigkeit für die ganze Welt. Ihr Resultat ist einer der stärksten Säulen, die der allgemeine Frieden gegenwärtig hat.

Wie wir später noch erfahren, richtete Suleiman Pascha am Freitag aus Triest an die Wiener „Zeit“ folgendes Telegramm:

Ich habe Pleje verlassen und reise mit Clausius meiner Regierung nach Saloniki und Konstantinopel. Ich erlaube bei dieser Gelegenheit in aller Form, daß alles, was in den letzten Tagen über meine Person berichtet wurde, vollständig falsch und das Resultat einer überaus huldlosen Phantasie ist. Es hat nämlich wieder eine feindselige Demonstration stattgefunden, nach dem von einer Reichsregierung gegen meine Person die Rede sein. Sie würden mich zu Dank verpflichten, wenn Sie all diesen falschen Nachrichten ein kategorisches Vernein entgegenlegen wollten. Suleiman Pascha.

Der Deklarationsfall erhalten wir schließlich noch folgendes Telegramm aus Konstantinopel: Die Flotte beschleunigt über den Bosporus nach Suleiman Pascha in Pleje und noch immer keine Nachricht zu haben. Der Minister des Innern erklärte Suleiman Pascha sei am Ende und habe sich deswegen zurückgezogen. Um sich bei seinem hohen Alter den Mühen bis Mitrovitza zu eripieren, habe er den Weg über Bosnien gewählt. Daß die Flotte beschleunigt, ein türkisches Kriegsschiff nach der Donau zu entsenden, wird bestritten.

Deutsches Reich.

* Vom Reichstage. Der Reichstag wird, wie die „Post“ hört, seine Arbeiten am 11. November wieder aufnehmen.

Manöver zwischen dem 17. und 1. Korps. Das 17. Armeekorps hatte am Freitag in dem Gelände von Groß-Zaudern, Gigenau, Paltainen und königlichem Aufstellung genommen und erwarbte das 1. Korps, das in der Richtung von Alfenstein über Schöbenitz vorrückte. Der Kaiser lag zunächst von dem trigonometrischen Punkte bei Groß-Zaudern aus dem Gefechte zu, verließ aber dann diesen Punkt und hielt auf einer Anhöhe bei Groß-Zaudern, um sich hierauf auf die Höhe bei Abbau-Schöbenitz zu begeben. Das Gefecht nahm inzwischen eine lebhaftere Entwicklung, wobei die 36. Division auf dem rechten Flügel größere Erfolge erzielte. Gegen 11½ Uhr schied der Kampf seinen Höhepunkt erreicht zu haben. Bald darauf wurde das Signal zum Sturm gegeben. Die 36. Division kam zum Sturm, während die 36. Division eine feste Stellung eingenommen hatte. Nicht lange nachher erlöste das Signal: Das Ganze halt! Der Kaiser reichte dem Generalinspektor Erzengel Freiherr v. d. Goltz, ebenso dem Kommandierenden General des 17. Armeekorps Erzengel von Madenien und dem Kommandierenden General des 1. Armeekorps Erzengel v. d. Goltz herlich die Hand und bewirkte darauf längere Zeit mit Erzengel v. Madenien im Gespräch. Gegen 12½ Uhr hielt Erzengel Freiherr v. d. Goltz vor den verarmten Offizieren die Kritik ab. Um 2 Uhr 5 Minuten verließ der Kaiser unter dem lebhaften Zurufen des zahlreich herbeigeströmten Publikums

